

Offener Brief an Andreas Lenz, MdB

Sehr geehrter Herr Lenz,

ich danke Ihnen für Ihre Rückmeldung zu meinem Aufruf, im Bundestag gegen das „Dritte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ (DGSB) zu stimmen, den ich an alle Bundestagsabgeordneten, soweit ich sie per E-Mail erreichen konnte, geschickt habe. Ich habe weit über 100 Antworten von Abgeordneten erhalten.

Ich antworte Ihnen mit diesem offenen Brief, zum einen, da Sie als einer der ganz wenigen Befürworter des DGSB in Ihrem Antwortschreiben erkennen lassen, dass Sie auch kritische Meinungen hören wollen und an einem Diskurs interessiert sind. Zum anderen erhoffe ich mir Antworten auf drängende Fragen, die, wie ich glaube, nicht nur ich zur „Corona-Politik“ der Bundesregierung und der Landesregierungen in Deutschland habe.

Teil I

Welche Ziele sollen durch die Coronamaßnahmen erreicht werden?

Seit der Ausbreitung des Coronavirus in Deutschland warnen Wissenschaftler, Politiker und Medien vor den möglicherweise verheerenden Folgen der Epidemie. Maßnahmen der Regierung sollen die Bevölkerung vor diesen Folgen schützen. Bis heute fehlt allerdings eine klare Festlegung der konkreten Ziele, messbare Kriterien, wann sie erreicht sind und eine langfristige Strategie, wie sie erreicht werden sollen.

Stattdessen werden ständig neue Kriterien für die Einführung bzw. Aufhebung von Maßnahmen eingeführt. Wir erinnern uns: Zunächst hat das RKI in dem Virus noch keine ernste Gefahr gesehen und unser Gesundheitsminister hat geplante drastische Maßnahmen der Regierung noch am 14. März¹, kurz vor deren Einführung, durch sein Ministerium als „Fake News“ bezeichnet. Er schrieb auf Twitter: „Achtung Fake News . . . Es wird behauptet und rasch verbreitet, das Bundesministerium für Gesundheit/die Bundesregierung würde bald massive weitere Einschränkungen des öffentlichen Lebens ankündigen. Das stimmt NICHT! Bitte helfen Sie mit, ihre Verbreitung zu stoppen.“ [1].

Seitdem hat sich die Ansicht der Regierenden in unserem Land deutlich geändert. Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit und vor allem des Lebens der Bürger und

¹Anmerkung: 10.03.2020: Verbot von Großveranstaltungen, 16.03.2020: Schulschließungen, 23.03.2020: Lockdown

zur Aufrechterhaltung eines funktionierenden Gesundheitssystems wurden eingeführt. Aber was genau waren die Ziele? Es ging um den Schutz von Leben. Aber auch darum, Zeit zu gewinnen, um Medikamente und Impfstoffe zu entwickeln und das Gesundheitssystem nicht zu überfordern, wie Angela Merkel in ihrer Fernsehansprache am 18. März 2020 sagte.

In der Folge wurden die Ziele, das Gesundheitssystem nicht zu überlasten und Zeit zu gewinnen, schnell erreicht. Beides hält bis heute an. Die darüberhinausgehenden konkreten Ziele wurden nicht kommuniziert. Trotzdem wurden immer neue Kriterien genannt, anhand derer die Einführung bzw. Lockerung von Maßnahmen begründet wurden: Die Verdopplungszeit bei den Neuinfektionen müsste „in Richtung zehn Tage“ gehen, bevor man die Maßnahmen lockern könne, sagte Angela Merkel Ende März [2]. Dann lag die „Verdopplungszahl“ bei 14, 20 und schließlich bei 35 Tagen. Aber das reichte nicht, obwohl, wie gesagt, das genaue Ziel der Maßnahmen unklar blieb. Es kamen die unterschiedlichen R-Werte, die möglichst unter eins liegen sollten. „Je nachhaltiger die Reproduktionszahl unter eins geht, desto mehr und nachhaltiger können wir auch wieder öffentliches, soziales und wirtschaftliches Leben entfalten“ sagte Angela Merkel am 20. April 2020 auf einer Pressekonferenz [2, 3]. Nun war das bereits vor dem ersten Lockdown am 23. März erreicht. Als diese Tatsache mehr und mehr bekannt wurde, verlegte man sich auf absolute „Neuerkrankungszahlen“, auf die absolute Höhe der Infiziertenzahlen und später auf die Inzidenzwerte. Nun sollen es unter 35, 50 oder 100 positive PCR-Tests in den vergangenen sieben Tagen sein. Zur Zeit ist die Devise, dass man nicht auf einem hohen Niveau positiver PCR-Tests bleiben darf. Unabhängig davon, ob diese Kriterien nun erreicht wurden oder nicht, sind die Krankenhäuser zur Zeit offensichtlich nicht an ihrer Belastbarkeitsgrenze, obwohl das die Deutsche Gesellschaft für Virologie mit Sitz in Erlangen bereits bei Inzidenzwerten von weit unter 20.000 Neuinfektionen pro Tag erwartet hatte [4] und auf meine Nachfrage faktisch nicht belegen konnte, woher gerade dieser Wert kommt. Auch in der am 06.11.2020 überarbeiteten Version dieser Stellungnahme ist der Wert von 20.000 Neuinfektionen weiter enthalten. Alleine das Ziel, das Gesundheitssystem nicht zu überlasten, kann es daher nicht sein, was erreicht werden soll.

Dann kann es sich eigentlich nur um die Absenkung der absoluten Zahl der an COVID-19 oder mit einem positiven PCR-Test gestorbenen Personen handeln. Das ist ein durchaus hehres Ziel. Aber genau an dieser Stelle muss ein Diskurs in unserer Gesellschaft geführt werden, wie wir als Gesellschaft mit Lebensrisiken heute und in Zukunft umgehen wollen. Es gilt die Balance zwischen Freiheit auf der einen Seite und Sicherheit des Einzelnen und der Gesellschaft auf der anderen Seite auszutarieren. Das ist keine Konstante in einer sich entwickelnden Gesellschaft. Da muss gestritten werden um das bessere Argument.

Einerseits ist es offensichtlich, dass die Freiheit des Einzelnen im Kantschen Sinne durch die Freiheitsrechte anderer und auch der Gesellschaft im Ganzen beschränkt sein muss. Andererseits kann der Wert des Lebens nicht über allem stehen, was man z.B. am weithin akzeptierten Recht auf Notwehr, aber auch an der Straffreiheit bei Sterbehilfe sehen kann. Auch das Abtreibungsrecht ist hier ein wichtiges Beispiel, zu dem es in der Tat immer wieder und zu Recht eine breite gesellschaftliche Debatte gab und gibt.

Vor dem Hintergrund der massivsten Grundrechtseinschränkungen seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, die im Zuge der Umsetzung von Infektionsschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19 eingeführt wurden, ist eine solche Debatte in unserer Gesellschaft überfällig. Ich erwarte von allen Bürgern, sich in einer solch dramatischen Lage - und dass es sich um eine solche handelt, sehen ja eigentlich alle Gruppen so - aktiv an einem ehrlichen, offenen Diskurs zu beteiligen.

Auch wenn persönliche Begegnungen, und damit Gespräche von Angesicht zu Angesicht, derzeit massiv eingeschränkt werden: Nutzt wenigstens die noch bestehenden Möglichkeiten, Euch zu positionieren, auch außerhalb von Demonstrationen. Sei es durch Gespräche am Arbeitsplatz oder im Geschäft, sei es durch Aufkleber, Buttons oder Aufdrucke. Je mehr Leute merken, dass ganz normale Menschen die Regierungsmaßnahmen kritisch sehen, desto mehr kommen sie vielleicht ins Grübeln und werden offen für Gespräch, Diskussion und fangen selbst an, die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen kritisch zu hinterfragen. Mischt Euch ein! Denkt nach! Streitet miteinander, informiert Euch und gebt die Informationen weiter.

Das ist zu Zeiten des Abstandhaltens, Vereinzelns, Maskierens, Schließens von Museen, Stadien, Restaurants, Hörsälen, Kinos, Bars, Kneipen, Sportanlagen und der Angst, ja in Zeiten der bewusst geschürten Angst, des Misstrauens, der Ausgrenzung, der öffentlich geförderten und erwünschten Denunziation sehr, sehr schwer. Und gerade deswegen sind ja auch solche Veranstaltungen wie diese hier in Bamberg, auf der ich diesen offenen Brief verlese, so wichtig. Sie dienen dem Informationsaustausch, der Diskussion, der Einforderung, sich mit kritischen Meinungen auseinanderzusetzen und ins Gespräch zu kommen.

Und ja, wir müssen alle Meinungen an einen Tisch bekommen. Wir müssen offen, ehrlich und respektvoll alle Meinungen anhören, auch wenn es sicher viele gibt, die schwer zu ertragen sind. Wir müssen dabei zuhören können, um dann auf vertrauensvoller Basis die Argumente zu hinterfragen, zu bewerten und abzuwägen. So könnte es gelingen, ins wirkliche Gespräch zu kommen und die gespaltene Gesellschaft wieder näher zueinander zu bringen.

Noch einmal: Ich erwarte von einer verantwortungsvollen Regierung eine klare Stel-

lungnahme und Positionierung in der Frage nach den Zielen, die sie in der wohl maßgeblich selbst verschuldeten Krisensituation verfolgt. Wenn es um die Rettung von Leben geht, dann muss dieses Ziel benannt und die Kriterien müssen festgelegt werden, nach denen die Erreichung des Ziels eindeutig nachvollziehbar festgestellt werden kann. Die „Kollateralschäden“, die erwartet und als gerechtfertigt erachtet werden, müssen ebenfalls angegeben, beziffert und Methoden zur Kontrolle und zum Nachweis solcher Schäden implementiert werden. Dann kann sich die Regierung später an ihren eigenen Erfolgen messen lassen. Ich denke, nichts hätten alle Mitglieder der Gesellschaft lieber, als eine unter diesen Bedingungen erfolgreiche Regierung.

Wie eingangs erläutert, ist von einer klaren Zielsetzung allerdings leider nichts zu sehen. Auch eine Bezifferung oder auch nur ungefähre Abschätzung der „Kollateralschäden“ und eine damit verbundene Abschätzung der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen suche ich vergebens.

Im Gegenteil: Die Maßnahmen sind zu weiten Teilen unkoordiniert, widersprüchlich sowie unverständlich und zeichnen sich durch ein nicht unerhebliches Maß von Willkür aus. Welches Kind versteht, dass es seine Schulfreunde außerhalb der Schule treffen und im Bus dicht gedrängt mit vielen Anderen stehen darf, dann aber in der Schule bis zu zehn Stunden ununterbrochen eine Maske aufsetzen und Abstand halten muss? Und wehe es macht dabei einen Fehler. Dann wird gedroht, dass es schuld am Tod der Oma sein könnte. Wie kann es sein, dass man in einer riesigen, gut gelüfteten Halle nicht im Abstand von 20 m zueinander Tennis spielen darf, nur weil durch eine erfolgreiche Klage zunächst auch die sportliche Betätigung von zwei Personen in einem großen Fitness-Studio erlaubt wurde und Markus Söder daraufhin allen Hallensport untersagte? Wer versteht, dass man beim Schwimmunterricht in der Schule zwar nachher duschen durfte, vorher aber nicht? Wieso mussten Fußballer, als das noch erlaubt war, auf dem Weg aus den Kabinen aufs Spielfeld Masken tragen, durften sich aber danach beim Fußballspielen, ohne Maske näher als 1.5 m kommen? Nach dem Fußballtraining mussten die Markierungshütchen und Bälle desinfiziert werden, aber Spiel mit Körperkontakt war ok. Wie kann es sein, dass, wie am 24.11.2020 in Bamberg und Umgebung geschehen, Privathäuser und Arztpraxen von Polizeikommandos durchsucht wurden, Datenträger, Unterlagen und Handys beschlagnahmt wurden, nur weil man vermutete, dass das ein oder andere Attest unrechtmäßig verwendet wird? Ist das noch verhältnismäßig, wo es doch im schlimmsten Fall in vereinzelt Fällen zu Ordnungswidrigkeiten durch das Nicht-Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung kommen kann, deren medizinische Sinnhaftigkeit ohnehin zumindest umstritten und fragwürdig ist. Sie wissen selbst, dass sich diese Liste endlos fortsetzen ließe.

Lieber Herr Lenz, das ist Politik nach Gutsherrenart. Und daran sind auch die deutschen Parlamente schuld. Denn sie lassen es zu, dass über Wochen hinweg lediglich

die Regierungen durch Verordnungen die grundrechtseinschränkende Maßnahmen aushandeln und beschließen. Grundlage bildet hier bis heute das Infektionsschutzgesetz (IfSG). Ich möchte hier ausdrücklich betonen, dass auch ich denke, dass ein Vergleich des Infektionsschutzgesetzes mit dem Ermächtigungsgesetz von 1933 völlig unangemessen ist. Aber unabhängig davon gruselt es einem beim Lesen dieses Gesetzes (s. dazu auch [5]). Das war allerdings bereits vor der letzten Novellierung des Gesetzes so. Eine unverhältnismäßige Einschränkung von Grundrechten durch die Exekutive wird ermöglicht. So sind auch im aktuellen Gesetz z.B. die Kriterien zur Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite noch viel zu vage. Auch Art und Umfang der Maßnahmen, die bei Feststellung einer solchen Lage umgesetzt werden dürfen, sind nicht hinreichend klar benannt. Es sollten ausschließlich sachliche Gründe die Feststellung einer epidemischen Lage ermöglichen, nicht aber eine generelle Erklärung der WHO ausreichen, wobei zudem lediglich die „Einschleppung einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit in die Bundesrepublik Deutschland“ drohen muss. Die Gefahrenlage muss meines Erachtens in jedem Fall deutlich drastischer sein, als eine Bedrohung durch „eine dynamische Ausbreitung einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit über mehrere Länder“, um der Exekutive so weitreichende Befugnisse zur Einschränkung von Grundrechten der Bürger zu geben. Ich sehe in der aktuellen Situation über acht Monate seit den ersten positiven SARS-CoV-2 PCR-Tests in Deutschland keine hochdynamische Handlungsnotwendigkeit von Regierungen zum Schutz der Bevölkerung. Die Zeit für parlamentarische Verfahren ist vorhanden und gravierende Grundrechtseinschränkungen verlangen vor diesem Hintergrund unbedingt in jedem Einzelfall eine parlamentarische Bestätigung vor deren Inkrafttreten.

Die in diesem Zusammenhang in Ihrer Antwort auf meine E-Mail enthaltene Aussage: „Entscheidend ist immer die Zahl der freien Kapazitäten von Intensivbetten. Hier wäre es fatal darauf zu warten, dass diese bspw. zu 50 Prozent belegt sind, da der Anstieg der Infektionszahlen immer mit einer zeitlichen Verzögerung auftritt.“ verstehe ich nicht recht. Wie kommen Sie auf 50 %? Ich denke, dass bereits zu normalen Zeiten eine Auslastung von 60 bis 70 % aus wirtschaftlichen Gründen gängig ist. Oder zählen Sie hier die Notfallreserve mit?

Ich komme auf die Ziele der Maßnahmen zurück. Ende August wurden wieder neue Ziele bekannt gegeben: „In den nächsten Monaten wird es jetzt darauf ankommen, die Infektionszahlen niedrig zu halten, wenn wir uns wieder drinnen aufhalten – an Arbeitsplätzen, in Schulen und in Wohnungen.“, sagte Angela Merkel, um dann auch die wichtigen Ziele zu formulieren: 1. Kinder sollen nicht die Verlierer der Pandemie sein. 2. Ziel sei „unser Wirtschaftsleben am Laufen zu halten oder wieder zum Laufen zu bringen“. 3. Ziel ist es „den gesellschaftlichen Zusammenhalt so weit wie möglich zu

bewahren“. [6] Das, Herr Lenz, ist keine Antwort auf meine Frage nach den einmal klar definierten Zielen der Maßnahmen und einer Strategie wie diese zu erreichen sind. Es handelt sich eher um eine Liste zur Schadensbegrenzung der Folgen der unangemessenen Maßnahmen. Die Politik muss die harten Grundrechtseinschränkungen rechtfertigen und nach über acht Monaten reichen da keine Durchhalteparolen mehr. Klare Ziele, deren Erreichung eindeutig messbar ist, müssen festgelegt, gerechtfertigt und fortwährend überprüft werden. Solange solche Ziele in Verbindung mit einer langfristigen Strategie zu ihrer Erreichung nicht klar und nachvollziehbar kommuniziert werden, stelle ich die Rechtmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen in Frage.

Teil II

Fehlende Evidenz für Wirkung der Maßnahmen?

Seit dem Beginn der Ausbreitung des Coronavirus in Deutschland fehlt es an einer soliden Datenbasis, auf deren Grundlage Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung nachvollziehbar begründet werden können. Auch wenn bereits im März die Unverhältnismäßigkeit der verhängten Maßnahmen deutlich sichtbar wurde, so könnte man den handelnden Politikern noch eine Verunsicherung nachsehen. Aber spätestens mit der Erkenntnis, dass bereits vor dem ersten Lockdown der 7-Tages R-Wert unter eins gefallen war, hätte ein grundlegendes Umdenken der politisch handelnden Personen einsetzen müssen.

Genau das Gegenteil ist aber passiert. Die Verbreitung von Angst und Panik wurde seitdem immer intensiver von Seiten der Bundesregierung und der Landesregierungen mit massiver Unterstützung staatlicher und unmittelbar oder mittelbar staatlich geförderter Institutionen betrieben. Aber auf welche Datengrundlage stützen sich diese Politiker und Institutionen? Es ist maßgeblich die Personenanzahl mit positiven PCR-Tests, die dann für die Rechtfertigung von Maßnahmen bei Erreichen von Inzidenzgrenzwerten oder zur Panikmache bei der Verkündung von Todeszahlen dienen.

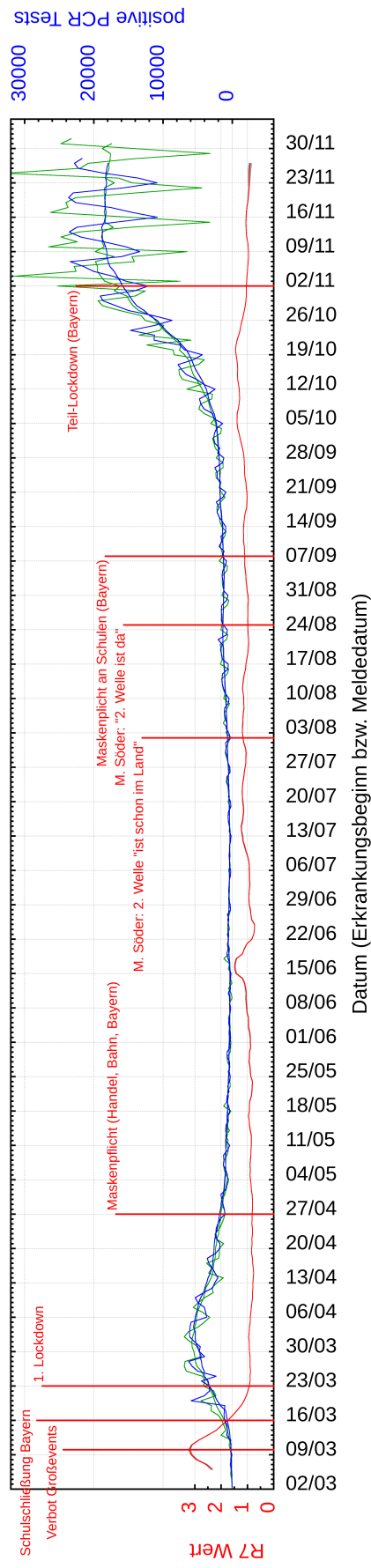
So arbeitete z.B. Herr Christof Kuhbandner in einem wissenschaftlich fundierten Beitrag die fragwürdige Diagnostik im Zusammenhang mit Corona-Todesfällen und eine damit verbundene irreführende Darstellung in Regierungserklärungen heraus [7]. Er tat das am Beispiel des einleitenden Statements von Angela Merkel in der Pressekonferenz zur Verkündung der Verlängerung des Teil-Lockdowns am 25. November. Frau Merkel sagte damals: „Die Nachricht des Robert-Koch Instituts, dass in den letzten 24 Stunden 410 Menschen an COVID-19 gestorben sind, erinnert uns auf traurigste Weise daran, dass hinter den Statistiken eben menschliche Schicksale stehen, Lebenswege, die zum Teil auch viel zu früh enden. Das lässt Familien tief trauern um

ihre Liebsten.“. Herr Kuhbandner schreibt zu Recht: „Zunächst ist wichtig festzuhalten, dass der letzte Satz definitiv richtig ist: Hinter jedem einzelnen dieser 410 Todesfälle stehen individuelle Schicksalsschläge und hier ist es fundamental wichtig, allen Trauernden ein aufrichtiges Beileid zu bekunden.“. Danach deckt er akribisch auf: 1. Die vom RKI berichteten 410 Todesfälle spiegeln sicherlich nicht die Anzahl der in den letzten 24 Stunden **mit** COVID-19 gestorbenen Personen wieder. Diese dürfte u.a. wegen der wochentagsabhängigen Schwankungen der Meldungen deutlich niedriger liegen. Schon gar nicht werden die **an** COVID-19 gestorbenen Personen durch diese Zahl wiedergegeben. Diese Zahl liegt sicher nochmals niedriger. Schließlich weist Frau Merkel nicht auf die durch die ergriffenen Maßnahmen verursachten Todesfälle hin. Ein Versuch, diese ebenfalls zu beziffern, den Trauernden ein aufrichtiges Beileid zu bekunden und eine Einordnung der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen vorzunehmen, fehlt. Hier wird stattdessen Angst mit der demonstrativen Verkündung einer irreführenden Todeszahl geschürt.

Nun wird auf allen Kanälen verkündet, dass der aktuelle Teil-Lockdown wirkt. Aber noch nicht so gut wie nötig. Die Fallzahlen bleiben hoch. So wird dieser Teil-Lockdown, der ja eigentlich ein Wellenbrecher-Lockdown von kurzer Dauer sein sollte, mal eben bis zum 20.12.2020 und weiter bis zum 10.01.2021 verlängert. Und Herr Söder beschließt am 06.12.2020, dass der Teil-Lockdown noch zu soft ist und „vertieft“ werden muss. Von Wellenbrecher ist keine Rede mehr. Aber was ist die Grundlage, auf der diese Entscheidungen beruhen? Gibt oder gab es je eine Evidenz für die Wirksamkeit von Maßnahmen in Deutschland? Wenn man sich die zeitliche Entwicklung der Fallzahlen anschaut (s. [Abb. 1](#)), fällt zunächst auf, dass kurz nach dem ersten und dem zweiten Lockdown die maximalen Fallzahlen erreicht werden. Danach gehen die Zahlen zurück. Schaut man gleichzeitig auf den siebentages R-Wert, fällt allerdings auf, dass dieser bereits auf Eins gesunken war, kurz bevor der Lockdown in Kraft trat. Einen direkten klaren Einbruch der Fallzahlen bzw. eine Auswirkung auf den R-Wert kann man als Folge einer der beiden bisherigen Lockdowns in Deutschland nicht erkennen. Genau so wenig Evidenz geben die Zahlen für eine Auswirkung einer anderen Maßnahme wie der Einführung der Maskenpflicht in Geschäften, Bussen und Bahnen, der Maskenpflicht an Schulen, dem Verbot von Großveranstaltungen oder der Schulschließung zu erkennen. Vielfach wurde gezeigt, dass große Demonstrationen, auch ohne Maske und Abstand, keinen nachweisbaren Effekt auf das Infektionsgeschehen hatten.

Woher, Herr Lenz, nehmen die Verantwortlichen die Rechtfertigung für die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen?

Und noch schwerwiegender erscheint mir die völlig unzureichende Datenlage. Lassen Sie mich das beispielhaft an einer fehlenden Zahl festmachen: Wie hoch, Herr Lenz,



© T. Urmuh, 03.12.2020 (data source: <https://github.com/lowid/covid-19-data/tree/master/publicdata> (green: 30.11.2020, blue: 03.12.2020) and https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Projekte_RKI/Novcasting_zahlen.xlsx?__blob=publicationFile (03.12.2020))

Abbildung 1: 7-Tages R-Wert als Funktion des Symptombeginns (rote Linien, Fehlerbereich grau) [8] und positive PCR-Tests (new_cases) nach [9]. Am 30.11.2020 wurde die Datenquelle in [9] vom European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC) [10] (blaue Kurve, Daten vom 30.11.2020) auf das „COVID-19 Data Repository by the Center for Systems Science and Engineering (CSSE) at Johns Hopkins University“ [11] (grüne Kurve, Daten vom 3.12.2020) umgestellt. Das ist mit Änderungen der täglich gemeldeten Fälle verbunden. Die entsprechenden geglätteten Kurven (zentrierter laufender Mittelwert über sieben Tage) sind als Funktion des Meldedatums zu sehen (blaue bzw. grüne Linie). Sie zeigen einen sehr ähnlichen Verlauf.

ist die Dunkelziffer von nicht entdeckten, mit dem neuen Coronavirus infizierten Personen? Wenn Sie die detailliert ausgearbeiteten Konzeptpapiere der Expertengruppe rund um den Facharzt für Innere Medizin und ehem. Stellv. Vorsitzenden des Sachverständigenrates Gesundheit, Herrn Prof. Dr. med. Schrappe, lesen, werden Sie im aktuellen Teil 6 nachlesen können, dass die Dunkelziffer unbekannt ist, aber die Anzahl der „Infizierten“ vermutlich einen Faktor 2 bis 6 höher liegt, als derzeit durch die massenhaften Tests festgestellt werden [12].

Ihr Kollege, Herr Stefan Müller (MdB und Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU Landesgruppe im Deutschen Bundestag), der sich durchaus auch gegen den Mainstream z.B. hinter unsere Polizei gestellt hat und gegen die Erhöhung der Gebühren für die Öffentlich-Rechtlichen eingetreten ist, schrieb mir am 8.10.2020 in einer persönlichen Antwort auf eine E-Mail von mir, in der ich die „Corona Maßnahmen“ als unverhältnismäßig kritisierte: „Für die Gesamtbeurteilung der aktuellen Corona-Situation ist die Positivrate ein entscheidender Wert. Nach Aussage des bayerischen Staatsministeriums des Inneren lag diese Quote der Positivbefunde / Tag im Juni noch zwischen 0,3 und 0,7 Prozent, so lag der Wert im August sowie Anfang September nach den Zahlen des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit zwischen 1,1 und 1,7 Prozent. Dies scheint darauf hinzudeuten, dass durch die vermehrten Testungen, auch viele Fälle aufgedeckt werden, die ansonsten unbemerkt geblieben wären.“

Auch diese Beobachtung zeigt, dass es eine erhebliche Dunkelziffer gibt. Gleiches Ergebnis erhält man, wenn man die Fallzahlen mit den steigenden Testzahlen vergleicht. Je mehr getestet wird umso höher die Fallzahlen (vgl. Abb. 1 und Abb. 2). Und so hat auch Herr Söder bereits Anfang August festgestellt, dass die 2. Welle bereits im Lande ist [13]. Man erkennt in Abb. 2, dass zu dieser Zeit die Fallzahlen tatsächlich leicht stiegen, die Positivrate allerdings weitgehend stabil blieb. Einen knappen Monat später verkündet Herr Söder „Die 2. Welle ist da“ [14]. In gleichen Berichten auf NTV wie auch in vielen anderen Medien wird von stark steigenden Fallzahlen berichtet. Auch das RKI berichtet entsprechend. Selbst auf logarithmischer Skala kann man eine analoge Entwicklung der Positivrate nicht erkennen. Die steigende Anzahl positiver Tests mag zumindest zum Teil an falsch positiven Testergebnissen gelegen haben. Ansonsten deuten die damaligen Befunde jedoch auf eine erhebliche Dunkelziffer hin.

Wenn aber die Dunkelziffer so hoch ist, dann sollte es zumindest kein Wunder sein, dass alle Quarantänemaßnahmen keinen wesentlichen Effekt haben. Die Berichterstattung, die Maßnahmen der Regierung, die ständige Darstellung katastrophaler Zustände und Entwicklungen tragen nicht zu einem vernünftigen Vorgehen und Verhalten von Handelnden und Bürgern bei. Im Gegenteil, sie verbreiten auf der einen Seite Angst und Panik, auf der anderen Seite Unverständnis und Ablehnung. Und so wird die Gesellschaft zunehmend gespalten. So antwortete mir Ihre Parteikollegin Frau An-

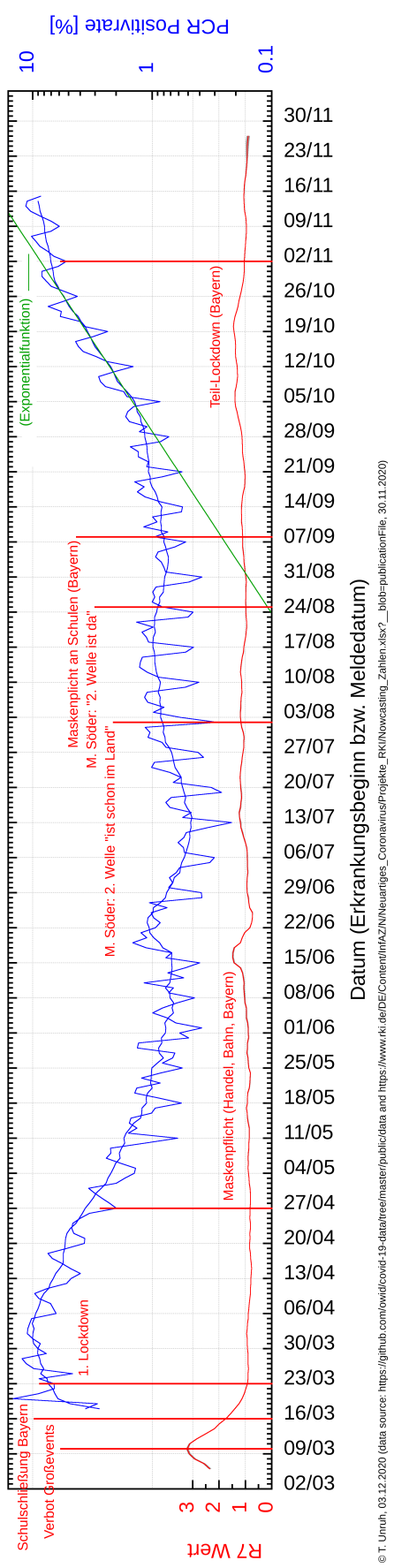
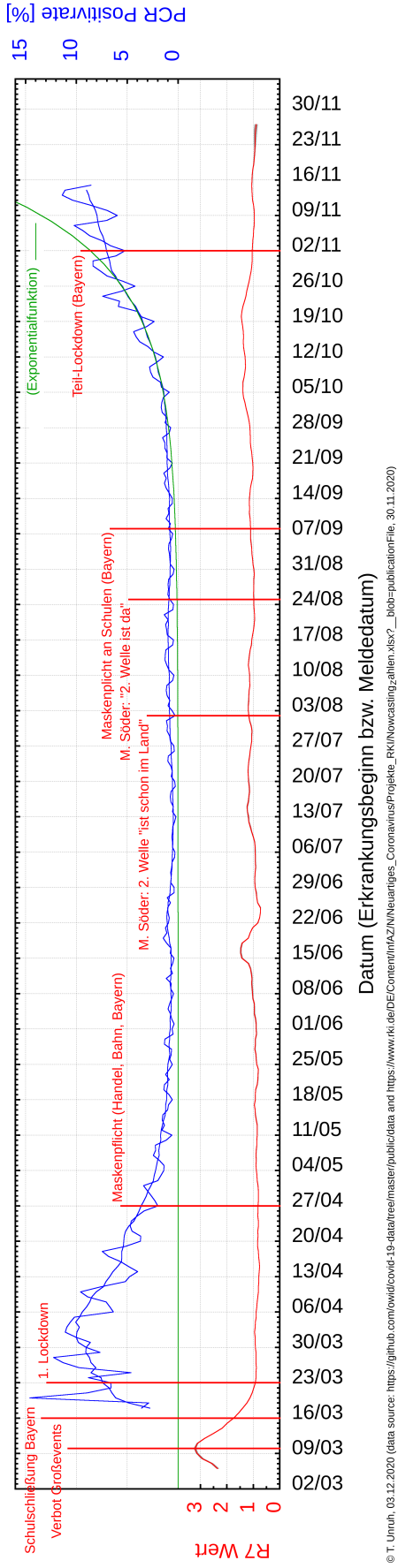


Abbildung 2: 7-Tages R-Wert als Funktion des Symptombeginns (rote Linien, Fehlerbereich grau [8] und PCR Positivrate (new_cases / new_tests_smoothed) berechnet aus den Werten in [9] (Datenquelle dort: European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC) [10] vom 30.11.2020) mit der entsprechend geglätteten Kurve (zentrierter laufender Mittelwert über sieben Tage) als Funktion des Meldedatums (blaue Linien). In der oberen Graphik ist die PCR Positivrate linear aufgetragen in der unteren logarithmisch. Man erkennt, dass die PCR Positivrate von Anfang bis Ende Oktober ein etwa exponentielles Ansteigen aufweist (grüne Kurve). Die roten Linien markieren die im Text genannten Ereignisse.

drea Lindholz (MdB) auf meinen Aufruf, im Bundestag gegen das sogenannte 3. Bevölkerungsschutzgesetz zu stimmen: „Die Gründe für die Feststellung der epidemischen Lage sind leider bis heute gültig. Die Infektionszahlen sind **in den letzten Monaten exponentiell** gestiegen. Im September wurden bundesweit noch wenige hundert Neuinfektionen pro Tag gemeldet. Inzwischen sind es zeitweise über 20.000 Fälle pro Tag geworden. Die Zahl der Covid-19 Patienten, die intensivmedizinisch betreut und beatmet werden müssen, hat sich in den letzten vier Wochen von 655 Patienten (15. Okt.) auf 3.436 (15. Nov.) vervielfacht.“. Das ist grober Unfug und Panikmache. Wie man in [Abb. 2](#) erkennt, ist ein vermeintlich exponentielles Wachstum allenfalls im Oktober zu erkennen. Und nur weil es das Meldewesen in Deutschland nicht ermöglicht, die positiven Tests wochentagsgenau festzustellen, ist das kein Grund zu behaupten, dass die Zahlen auf über 20.000 Fälle pro Tag gestiegen sind. Die geglätteten Kurven liegen bis Anfang Dezember jedenfalls bisher unter 20.000.

Auch für die Überlastung der Krankenhäuser in Deutschland gibt es bisher keine deutlichen Hinweise. Während 2018 zahlreiche Kliniken in Bayern [[15](#), [16](#)] aber auch in anderen Bundesländern (s. z.B. [[17](#)]) aufgrund der Influenza-Epidemie massive Kapazitätsprobleme hatten und zeitweise sogar Unfallopfer abgewiesen werden mussten, berichtet der Leiter der Infektionsabteilung der Klinik Favoriten (Österreich), Christoph Wenisch, am 09.11.2020, mitten im Höhepunkt der „2. Welle“ des angeblich so besonders dramatischen Verlaufs in Österreich, dass er nicht einschätzen kann, ob es zur Zeit mehr Patienten mit Lungenentzündungen gibt als normalerweise [[18](#)]. Er ruft aber alle Personen der Risikogruppen auf, sich selber zu schützen. Hier gebe es noch erhebliches Optimierungspotential. Wenn diese Personengruppe in die Lage versetzt würde, sich besser zu schützen und das auch tun würde, dann würde das Risiko einer Überforderung des Gesundheitssystems ganz wesentlich minimiert. Sind es nicht eher diese Botschaften, die die Politik transportieren sollte? Zuversicht, Realismus und Konzentration auf die tatsächlichen Risiken? Selbstverantwortung statt „erzwungener Solidarität“?

Teil III

Welche Rolle spielt die Wissenschaft?

Sehr geehrter Herr Lenz, ich bin leidenschaftlicher Naturwissenschaftler und habe einen gewissen Einblick in das wissenschaftliche Arbeiten, die Abhängigkeit der Wissenschaft von Fördergeldern und die Rolle der Wissenschaft in unserer Gesellschaft.

Der Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis bildet zu Recht in einer aufgeklärten Gesellschaft eine wesentliche Grundlage für den öffentlichen politischen Diskurs. Es muss einem aber auch stets bewusst sein, dass Wissenschaft keine unumstößlichen Wahr-

heiten verkündet, sondern lediglich den derzeitigen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis vermitteln kann. Dabei ist eine unvoreingenommene und offene Diskussion über die Interpretation experimenteller und theoretischer Forschungsergebnisse sowie denen aus Simulationen und Modellierungen unverzichtbar. Es müssen alle Interpretationen und Einschätzungen respektvoll beachtet und kritisch hinterfragt werden, völlig analog zu einer gesellschaftlichen Diskussion. Vorteil der wissenschaftlichen Diskussion ist, dass sie die bisher nicht lösbaren Fragen offen lassen kann. Das geht bei gesellschaftlichen Diskussionen, bei denen man sich z.B. für ein konkretes Vorgehen entscheiden muss, nicht. Aber natürlich bildet der Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis die Grundlage für die gesellschaftliche Entscheidungsfindung. Und genau deswegen ist es so wichtig, dass dieser Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis, insbesondere auch die bisher nicht geklärten Fragen, umfassend und nachvollziehbar in die Gesellschaft hinein kommuniziert wird.

Es ist dabei zu beachten, dass auch Wissenschaft nie völlig unabhängig ist. Jeder Wissenschaftler ist durch seine unmittelbare Umgebung, den Zeit- und Erfolgsdruck, die Abhängigkeit von Fördermitteln, dem Wunsch nach wissenschaftlichem und gesellschaftlichem Ansehen und der lokalen, nationalen und internationalen Sichtbarkeit beeinflusst. Umso mehr sollte darauf geachtet werden, dass bei der Beratung der Politik und zur öffentlichen Darstellung in den Medien ein möglichst breites und unvoreingenommenes Bild des Standes der Wissenschaft nachgefragt wird, das zur Entscheidungsfindung in einem öffentlichen Diskurs dient. Eigentlich sind dazu die Öffentlich-Rechtlichen Medien in Deutschland im besonderen Maße verpflichtet. Aber auch alle anderen Medien sollten sich diesem Grundsatz unserer freiheitlichen Demokratie verpflichtet fühlen.

Der bekannte deutsche Kabarettist, Satiriker und Moderator Dieter Nuhr hat die Bedeutung der Wissenschaft in seinem Beitrag zum 100. Geburtstag der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) sehr schön auf den Punkt gebracht: „Wissen bedeutet nicht, dass man sich zu 100 % sicher ist, sondern dass man über genügend Fakten verfügt, um eine begründete Meinung zu haben. Weil viele Menschen beleidigt sind, wenn Wissenschaftler ihre Meinung ändern: Nein, nein! Das ist normal! Wissenschaft ist gerade, dass sich die Meinung ändert, wenn sich die Faktenlage ändert. Wissenschaft ist nämlich keine Heilslehre, keine Religion, die absolute Wahrheiten verkündet. Und wer ständig ruft „Folgt der Wissenschaft!“ der hat das offensichtlich nicht begriffen. Wissenschaft weiß nicht alles, ist aber die einzige vernünftige Wissensbasis, die wir haben. Deshalb ist sie so wichtig.“ [19].

Und wie ging die DFG mit diesem von ihr selbst angefragten Beitrag um? Sie bedankte sich nach Erhalt für das „wunderbare Statement“, um es dann, nach einem „Shitstorm“ auf dem DFG Twitter-Account, wieder von ihrer Homepage zu löschen. Es ist zu beach-

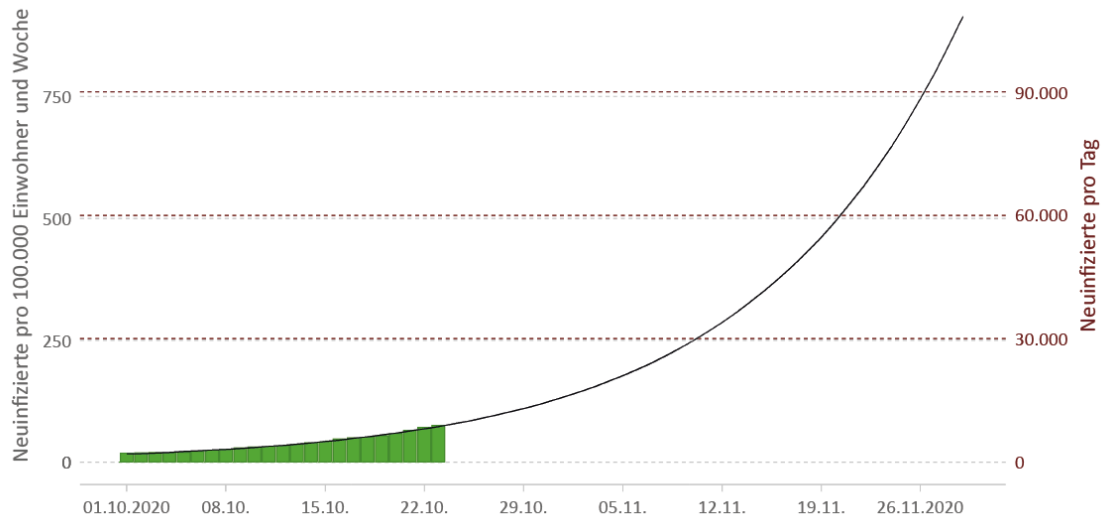


Abbildung 3: Zahl der Neuinfizierten pro 100.000 Einwohner und Woche in Deutschland seit dem 1. Oktober 2020 und Fortsetzung der Exponentialfunktion bis Ende November 2020. Die beobachtete Zahl der Fälle (Punkte) lässt sich durch eine einfache Exponentialfunktion beschreiben. Diese kann als grobe Näherung für ein Worst-Case-Szenario der Fallzahlen betrachtet werden, falls keine wirksamen Maßnahmen getroffen werden. (Quelle inkl. Bildunterschrift: [20])

ten, dass dabei weniger der Beitrag von Dieter Nuhr, sondern seine Person Kern des Anstoßes war. Er wagte es nämlich, als Kabarettist Witzeleien über Greta Thunberg zu machen. Und die Thesen dieser jungen Dame zu hinterfragen, ist wohl hinsichtlich einer vermeintlichen wissenschaftlichen Korrektheit nicht erlaubt. Erst nach vielfältigem Drängen, unter anderem durch einen Aufruf von mir, wurde der Beitrag, begleitet von einer Entschuldigung der DFG, wieder online gestellt.

Es ist nun die Präsidentin eben dieser Deutschen Forschungsgemeinschaft, die mit den Präsidenten der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Leibniz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina eine gemeinsame Erklärung mit dem Titel „Pandemie: Es ist ernst (2020)“ [20] veröffentlicht hat. Das war am 27. Oktober 2020, einen Tag vor der Entscheidung zum 2. Lockdown in Deutschland des, ich würde mal sagen, „Exekutivkomitees der Coronapolitik in Deutschland“ der Kanzlerin und Ministerpräsidenten der Länder.

In der Zusammenfassung des Papiers heißt es u.a. „Aktuell kann die Ausbreitung des Virus in vielen Regionen von den Gesundheitsämtern aus Kapazitätsgründen nicht mehr adäquat nachverfolgt werden. Um diese Nachverfolgung wieder zu ermöglichen, müssen Kontakte, die potentiell zu einer Infektion führen, systematisch reduziert werden. Nur so werden eine Unterbrechung der Infektionsketten und ein Einhegen der

Situation wieder möglich. Je früher und konsequenter alle Kontakte, die ohne die aktuell geltenden Hygiene- und Vorsichtsmaßnahmen stattfinden, eingeschränkt werden, desto kürzer können diese Beschränkungen sein. Die hier getroffenen Aussagen basieren im Wesentlichen auf Modellrechnungen.“.

Ganz am Anfang dieser Erklärung findet sich eine Graphik (s. [Abb. 3](#)) zur Entwicklung der täglichen positiven PCR-Tests in Deutschland mit Daten vom 1. bis 23.10.2020. Dabei werden die Fallzahlen bis Ende November zur Abschätzung eines worst-case-Szenarios durch einen exponentiellen Anstieg extrapoliert. Nun weiß heute jeder halbwegs informierte Bürger, dass sich eine Infektion noch nie in einer Bevölkerung über längere Zeit exponentiell ausgebreitet hat (sondern i.A. eher durch den Verlauf einer Sigmoid- oder Gompertz-Funktion beschrieben werden kann). Ungeachtet dessen wird hier offensichtlich versucht, Angst zu schüren. Es wird ein worst-case Szenario einer völlig ungebremsten Infektionswelle an die Wand gemalt mit etwa 100.000 Infektionen pro Tag Ende November und vielleicht noch viel mehr danach.

Aber noch viel schlimmer ist es in meinen Augen, dass ausgehend von einem sehr dürftigen Modellansatz [21] (der aber durchaus für einen überschaubaren Zeitraum brauchbare Abschätzungen liefern könnte) mit einem **wissenschaftlichen Anstrich** pure politische Handlungsempfehlungen mit dem Anspruch unbedingter Notwendigkeit vermittelt werden. So heißt am Ende der Erklärung:

„Das Ziel muss es sein, die Fallzahlen so weit zu senken, dass die Gesundheitsämter die Kontaktnachverfolgung wieder vollständig durchführen können. Sobald dies möglich ist, können die Beschränkungen vorsichtig gelockert werden, ohne dass unmittelbar eine erneute Pandemiewelle droht. Das muss aber bereits jetzt vorbereitet werden. Nach etwa 3 Wochen deutlicher Reduktion von Kontakten ohne Vorsichtsmaßnahmen wird es entscheidend sein, die nachfolgenden Maßnahmen bundesweit einheitlich und konsequent durchzusetzen, um die dann erreichte niedrige Fallzahl zu halten. Hierfür ist eine breit angelegte Kommunikations-Anstrengung notwendig, die in ganz Deutschland an allen öffentlichen Orten die AHA+L+A (Abstands-, Hygiene-und Alltagsmasken, Lüften, Corona-Warn-App)-Regeln unzweideutig und bundesweit einheitlich kommuniziert. Die Einhaltung dieser fundamentalen Regeln sollte besser kontrolliert und bei Nichtbeachtung konsequent geahndet werden. Das beinhaltet die stringente Einhaltung der Maskenpflicht sowie eine Kontrolle der Hygiene-Konzepte z.B. in Hotels, Restaurants und auf Veranstaltungen. Darüber hinaus sollen als weitere Schutzmaßnahmen für den gesamten Winter gelten:

- konsequenter Schutz von Risikogruppen durch gezielte Maßnahmen,
- eine verbesserte Kommunikation der Vorsichtsmaßnahmen in der Bevölkerung mit konkreten Verhaltensempfehlungen und Beispielen,

- das konsequente Tragen von Masken auch in Schulen,
- die konsequente Nutzung der Corona-Warn-App,
- im privaten Bereich Feiern zu vermeiden und Kontakte weiterhin möglichst einzuschränken sowie privaten Treffen im Freien (z.B. gemeinsame Spaziergänge) den Vorzug vor Treffen in geschlossenen Räumen zu geben,
- die Schärfung und Kontrolle von Hygiene-Konzepten.“

Was sind denn das für Wissenschaftler, die nicht den wissenschaftlichen Stand der Forschung Politik, Medien und Gesellschaft vorstellen und versuchen diesen zu erklären mit all ihren harten Fakten einerseits und den Unwägbarkeiten, Ungenauigkeiten und dem bisher Unbekannten andererseits? Stattdessen schnüren sie Maßnahmenpakete für die Regierung. Ist es Sache der Wissenschaft das Ergebnis einer sorgfältigen Abwägung der Vor- und Nachteile der Maßnahmen vorwegzunehmen, ebenso wie deren verfassungsmäßige Verhältnismäßigkeit und damit den so wichtigen öffentlichen Meinungsbildungsprozess zu übergehen? Diese Vorgehensweise ist anmaßend und untergräbt meiner Ansicht nach das Vertrauen in die beteiligten wissenschaftlichen Institutionen, die das so in keiner Weise verdient haben. Man könnte den Verdacht bekommen, dass die handelnden Personen doch zu nah an den politischen Entscheidungsträgern und und zu abhängig von ihnen sind.

Im Alltag an der Universität fällt mir eine sehr große Sprachlosigkeit zur Coronapolitik auf. Man kommt kaum ins Gespräch und wenn, dann werden alle kleinen Eventualitäten gesucht, die zur Rechtfertigung der Maßnahmen geeignet sein könnten. Die massiven Einschränkungen der Grund- und vor allem der Freiheitsrechte werden kaum wahr- oder gerne in Kauf genommen. Empathie mit den vielen Menschen, die an den Folgen der Coronamaßnahmen leiden, gibt es zwar, das damit verbundene Leid wird aber meist als durchaus ertragbar marginalisiert. Die Universität ist z.Z. halt doch noch ein Elfenbeinturm.

Interessant ist aber nun die Reaktion vieler Professoren auf die Pläne der Bayerischen Staatsregierung zu einer umfassenden Novellierung des bayerischen Hochschulgesetzes. Es soll tiefgreifende Änderungen geben, u.a. auch eine starke „unternehmerische“ Komponente. Hierzu gibt es nun einen offenen Brief bayerischer Professoren an Herrn Ministerpräsident Dr. Söder, Herrn Staatsminister Sibley und Herrn Brannekämper, den Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst.

Ich möchte hier nicht inhaltlich auf die Details des Bayerischen Hochschulgesetzes eingehen. Aber interessant ist folgender Teil des Briefes: „Das Gesetz wird die Hochschullandschaft in Bayern, ja in ganz Deutschland, fundamental verändern. Das birgt

manche Chance, aber ein solcher Schritt sollte gut überlegt und durchdacht sein – und am Ende von einer breiten Mehrheit der Betroffenen mitgetragen werden. Dazu gehören zwingend Diskussion und Streitgespräch. Bedingt durch die aktuelle COVID-19 Situation ist der notwendige breite gesellschaftliche Diskurs über das Thema im Moment schlechterdings unmöglich. Das Versammlungsrecht und damit auch die erforderliche Selbstverständigung der Studierenden und Lehrenden sind massiv eingeschränkt. Studierende können nicht zusammenkommen, und Professorinnen und Professoren können bestenfalls über Videokonferenzen das Thema behandeln. Es ist nicht nachvollziehbar, warum in diesem Zeitfenster ein Gesetz auf den Weg gebracht werden soll, das für die Wissenschaft und die Hochschulorganisation in Bayern derart grundsätzliche und langfristige Folgen haben wird. Wir halten daher eine schnelle und diskussionslose Umsetzung einer so profunden Änderung der Hochschul- und Universitätslandschaft für äußerst problematisch.“ [22].

Hier wird derart offen ein wesentliches Problem der derzeitigen Situation benannt, dass man sich wundert. Man kann nicht miteinander reden, nicht zusammenkommen, nicht diskutieren. Man kann keine Entscheidungen treffen. Es findet kein gesellschaftlicher Diskurs statt. Und das alles trotz der doch so hoch gelobten digitalen Kommunikationsmöglichkeiten. Da werden sich die Verantwortlichen in den Ministerien schon die Augen reiben, dass so etwas aus den Universitäten kommt, die doch Vorreiter in dieser Entwicklung sein sollten.

Aber Recht haben diese Professoren. Und es ist doch auch eine Bestätigung unserer Kritik an den „Corona Maßnahmen“. Auch ich habe den offenen Brief unterschrieben, weil es in der Tat notwendig ist, über den Inhalt der Reform im Detail zu diskutieren, um am Ende einen breiten Konsens mit guten und praktikablen Lösungen zu finden. Bereits über 800 Professoren haben diesen Brief unterzeichnet was deutlich mehr als 10 % aller Professoren an bayerischen Hochschulen sind.

Lieber Herr Lenz, ich habe noch viele weitere Fragen, für die ich von den verantwortlich handelnden Personen bisher keine Antworten bekommen habe: Was ist am Virus SARS CoV-2 so besonders, dass die derzeitig so drastischen Maßnahmen gerechtfertigt? Wie können entsprechend die massiven „Kollateralschäden“ gerechtfertigt werden? Wieso vermitteln Politik und Medien permanent Panik? Wieso fehlt weitgehend ein offener Diskurs in Politik, Medien, Wissenschaft und Gesellschaft, in dem alle Meinungen gehört, respektiert und kritisch hinterfragt werden?

Zur letzten Frage habe ich in meinem offenen Brief vom 13.10.2020 an die Erweiterte Universitätsleitung der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg bereits die Notwendigkeit eines solchen Diskurses deutlich gemacht, bisher aber keine konstruktive Rückmeldung von der Universität erhalten.

Und schließlich: Wie sieht es mit der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland aus? Ist es richtig, von deren zunehmenden Erosion zu sprechen (s. dazu auch [23, 24, 25])? Ist die herausgehobene Stellung des Robert-Koch-Instituts im IfSG nicht problematisch? Ergibt sich in der Rechtsprechung hier nicht ein unheiliger Ringschluss von Exekutive, Judikative und Behörde, die wiederum der Regierung untersteht? Ist es angemessen, dass das Bundesverfassungsgericht nun auch Demonstrationen gegen die Coronamaßnahmen verbietet [26]? Ich kann den offenen Diskurs, so wie Sie es mir in Ihrer E-Mail schreiben, nicht erkennen. Ich sehe in der Politik bisher keinen ernsthaften Versuch, eine offene Diskussion zu den oben genannten Themen anzustoßen und zu fördern. Das hat fatale Folgen für unsere Gesellschaft und wird zu einer nachhaltigen Verunsicherung und weiteren Spaltung führen.

Lieber Herr Lenz, ich bin mir nicht sicher, dass ich bei allen meinen Einschätzungen und Beurteilungen richtig liege. Aber dass Politik und Medien die Deutungs- und Befehlshoheit derzeit für sich alleine beanspruchen, ist nicht in Ordnung. Daher dieser offene Brief als Diskussionsbeitrag. Wie sehen Ihre Antworten zu den gestellten Fragen aus? Lassen Sie uns im Gespräch bleiben, offen, öffentlich, mit dem Ziel Brücken zu bauen, die die Menschen wieder näher zusammen bringen.

Mit freundlichen Grüßen

Tobias Unruh, 06.12.2020, Forchheim / Oberfranken

Literatur

- [1] [Redaktionsnetzwerk Deutschland, Spahns Ministerium warnt vor Falschnachrichten, Tagesschau.de, Wann hat Spahn was gesagt?](#)
- [2] [Bildzeitung, Verwirrung um die Corona-Zahlen der Kanzlerin](#)
- [3] [Jürgen Fritz Blog, Merkel übernimmt politische Führung: Reproduktionsfaktor weiter nach unten drücken](#)
- [4] [Gesellschaft für Virologie e.V., Stellungnahme der Gesellschaft für Virologie zu einem wissenschaftlich begründeten Vorgehen gegen die Covid-19 Pandemie](#)
- [5] [Milosz Matuschek, Mit Vollgas in die Verordnungsdiktatur \(gesprochene Version von Gunnar Kaiser\)](#)

- [6] [Die Welt: Merkel nennt drei Ziele](#)
- [7] [C. Kuhbandner, Coronavirus-Todesfälle: Über die fragwürdige Diagnostik und die irreführende Darstellung in Regierungserklärungen](#)
- [8] [Tabelle mit Nowcasting Zahlen zur R-Schätzung, Robert-Koch Institut](#)
- [9] [Our World in data, COVID-19 data, GitHub](#)
- [10] [European Centre for Disease Prevention and Control \(ECDC\)](#)
- [11] [COVID-19 Data Repository by the Center for Systems Science and Engineering \(CSSE\) at Johns Hopkins University](#)
- [12] [M. Schrappe et al., Thesenpapier Version 6.10](#)
- [13] [Bildnews, Für Söder ist die zweite Corona-Welle praktisch schon da](#)
- [14] [NTV, Panorama, „Die zweite Welle ist da“, warnt Bayerns Ministerpräsident Söder.](#)
- [15] [RTL.de, Überfüllte Krankenhäuser wegen Grippe: Patienten werden teilweise weggeschickt](#)
- [16] [Merkur.de, Grippe sorgt für überfüllte Kliniken - Unfallopfer konnten nicht aufgenommen werden](#)
- [17] [Bild.de, Grippe-GAU in Leipzigs Kliniken](#)
- [18] [Infektiologe Christoph Wenisch im Interview bei Corinna Milborn, PULS 24](#)
- [19] [Statement von Dieter Nuhr zur Aktion #fürdasWissen der DFG](#)
- [20] [Gemeinsame Erklärung der Präsidentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Präsidenten der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Leibniz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, Coronavirus-Pandemie: Es ist ernst \(2020\)](#)
- [21] [Dehning et al., arXiv:2004.01105](#)
- [22] [Offener Brief von Professorinnen und Professoren an bayerischen Universitäten zur geplanten Hochschulreform](#)
- [23] [Cicero, Otto Depenheuer, Warum Freiheit, warum Demokratie?](#)

[24] Hans-Jürgen Papier, Die Warnung, Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird. Deutschlands höchster Richter a.D. klagt an, Heyne-Verlag 2019, Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH, München, ISBN: 978-3-453-20725-7

[25] [Die Warnung, Hans-Jürgen Papier, SWR Tele-Akademie](#)

[26] [Boris Reitschuster, Karlsruhe amputiert Grundrechte](#)